Englisches Eingreifen in Oberschlesien?

Vier Bataillone unterwegs.

Das Hin- und Herreden zwischen London und Paris, was in Oberschlesien zu geschehen habe, hat nun anscheinend einem bewußten Vorgehen Englands Platz gemacht, wenn auch amtliche Bestätigungen im Augenblick noch nicht vorliegen.

Wie übereinstimmend gemeldet wird, hat das englische Kabinett die Entsendung von vier Bataillonen Infanterie in das Aufruhrgebiet beschlossen. Die Truppen sollen bereits am Sonntag von den rheinischen Standorten aus in Bewegung gesetzt worden sein.

Auch in Paris wird an dem Vormarsch der Engländer nicht mehr gezweifelt, obwohl die französische Presse recht sauersüße Betrachtungen an die Mitteilung knüpft und natürlich behauptet, die englischen Streitkräfte wären gleichzeitig gegen den Kriegseifer der polnischen und deutschen Insurgenten bestimmt. Angesichts der in der ganzen Welt unbestrittenen Anzettelung des Aufruhrs von polnischer Seite wirken die Pariser Versuche, die Spitze der Tatsachen gegen Deutschland zu kehren, einfach komisch.

Eher dürften englische Kommentare den wirklichen Sachverhalt treffen. So schreibt „Observer": Lloyd George habe niemals die britische öffentliche Meinung geschlossener hinter sich gehabt als in der oberschlesischen Frage. **Wenn Paris und Warschau keine Achtung vor der britischen Ansicht und Überzeugung zeigten, so werde die Entente ein toter Buchstabe sein.**

Französische Forderungen in Berlin.

Am 19. Mai hat der französische Botschafter in Berlin dem Reichskanzler eine Note übersandt, in der gesagt wird, die von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen gegen die deutschen Freikorps seien zu spät gekommen. In der Gegend von Kreuzburg ständen 80 000 Mann Freikorps unter dem Befehl von Arnim. Gleichfalls ward die Anwesenheit der Freikorps von Aulock bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Ratibor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrer Kanonen verfügen. Demgegenüber verlange Frankreich strenge Absperrung der Grenze, wie sie Polen bereits getroffen, Sicherung der Lebensmittelversorgung und Aufforderung an die Reichsbank, die zur Bezahlung der Arbeiter notwendigen Fonds nach Oberschlesien zu schaffen. Die Interalliierte Kommission biete genügend Sicherheit.

Die deutsche Antwort.

Bereits am Montag wurde dem französischen Botschafter die Antwort der deutschen Regierung zugestellt. In dieser Antwort wird ausgeführt:

Die deutsche Regierung duldet die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet nicht, ebensowenig den Übertritt vom nichtbesetzten auf das besetzte Gebiet. **Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz, den die an Leib, Leben und Eigentum aufs höchste gefährdete Bevölkerung Oberschlesiens in Ermangelung jeglichen Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Insurgenten von sich aus zu bilden genötigt war. Auf diesem aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der Interalliierten Kommission untersteht,** hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Es wird festgestellt, daß trotz der Aufforderung an die polnische Regierung **die polnische Grenze tatsächlich völlig offen steht und täglich der Übertritt von polnischen Soldaten, der Nachschub von Munition und Materialien für die Insurgenten vor sich geht.** Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit: Denn es handelt sich gar nicht um einen Aufstand wirtschaftlicher, sondern **einzig und allein um einen politischen Charakters.** Der polnische Aufstand bezweckt, unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtsempfindens **die Vergewaltigung des oberschlesischen Volkes.** Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamstem Raffinement vorgehenden Banden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich. Es besteht auch nach der übereinstimmenden Ansicht aller beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberschlesien **die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklich Empfangsberechtigten gelangen und nicht dem Zugriff der Insurgenten unterliegen.** Der Präsident der Interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Machtbefugnisse mehr und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen. Die deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es den Bemühungen der Interalliierten Kommission gelingen wird, endlich Mittel und Wege zu finden, **die ordnungsmäßige Gewalt in Oberschlesien wieder herzustellen** und die Bevölkerung von dem Joche der polnischen Insurgenten zu befreien.

Die Note führt noch eine Anzahl Beweise von der vollständigen Ohnmacht der Interalliierten Kommission an und ist unterzeichnet von dem Reichskanzler Dr. Wirth.

Ein Aufruf General Hoefers.

Die zum Selbstschutz vor den polnischen Banden bewaffnete Bevölkerung Oberschlesiens hat zu ihrem Führer Generalleutnant Hoefer gewählt. Dieser veröffentlicht soeben einen Aufruf an die Schlesier, in dem es u. a. heißt:

Schutzlos ist heute ein großer Teil unseres Landes polnischer Willkür preisgegeben. Die Interalliierte Kommission hat nicht die Macht, sich gegen Korfantys wohlvorbereitete Rebellion durchzusetzen. Wir sollen nicht dem Zustand der Gewalt, den Korfanty geschaffen hat, einen andern Zustand der Gewalt nach unserem Willen entgegenstellen. Wir kämpfen in berechtigter Notwehr und wollen nur die Wiederherstellung der erschütterten Autorität der Interalliierten Kommission, die Wiederherstellung des Friedens, den erst Korfanty unserem oberschlesischen Volk geraubt hat. Unser gutes Recht war alle Zeit Richtschnur unseres Handelns und soll es bleiben. Lange haben wir die schnöde Verachtung der Interalliierten Kommission und unseres Rechtes durch die Rebellen mitangesehen. Auch die größte Geduld und Besonnenheit hat ihre Grenzen. Wenn wir heute, zum Sprung bereit, noch uns halten, so geschieht es nur im Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn der Welt und in der Hoffnung, daß in wenigen Tagen im Rate der Mächte endlich die erlösende Entscheidung darüber fallen wird, wie der Autorität der Interalliierten Kommission und dem Recht in Oberschlesien wieder Geltung verschafft werden soll. Landsleute, Kameraden! Bis dahin steht mit Gewehr bei Fuß. Wahrt Ordnung und Disziplin. Laßt Euch durch keine polnische Greueltat zu Vergeltungsmaßnahmen hinreißen. Ehrt das Eigentum eines jeden, sei er polnisch oder deutsch gesinnt! Zeigt euch würdig als Deutsche, namens unserer guten und gerechten Sache!

Bei dem Kommando der von General Hoefer geführten Manschaften des Oberschlesischen Heimatschutzes befinden sich auch Offiziere der interalliierten Truppen. Diese sind auf ihren Wunsch in das Operationsgebiet, in dem sich die Kämpfe gegenwärtig abspielen, geeilt.

Protestversammlung in Berlin.

In einer am Sonntag in Berlin von hervorragenden Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Spitzenorganisationen des Handels, der Industrie und Landwirtschaft einberufenen Protestversammlung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens im großen Saale der Philharmonie führte der Präsident des Reichstages, Loebe, persönlich den Vorsitz. Er wandte sich in einer packenden Ansprache gegen den Polenüberfall und die offene Unterstützung des Rechtsbruches durch die Franzosen. Außerdem sprachen u. a. der Präsident der Preußischen Landesversammlung, Leinert, der zweite Vorsitzende des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann, der Präsident der Handelskammer zu Berlin, Franz von Mendelssohn, der Generalsekretär des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Baltrusch, der Generalsekretär des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, Abg. Keinath, der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsringes (Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften), Hartmann, und Walter Rathenau als Vertreter der Industrie. Besonders bemerkenswert war es, daß sämtliche Redner aus den Kreisen der Finanz, des Handels und der Industrie übereinstimmend ihre Bereitwilligkeit erklärten, die durch die Annahme des Ultimatums eingegangenen Verpflichtungen restlos zu erfüllen; jedoch betonen sie nachdrücklich, daß das deutsche Volk auch seinerseits Gerechtigkeit und Parteilichkeit vom Obersten Rat für Oberschlesien erwarten müsse. Die vom Reichspräsidenten Loebe vorgeschlagene Protestentschließung wurde einstimmig angenommen.

Die Lage im Aufruhrgebiet.

Die bedrohten Städte des Industriereviers waren bis Montag noch immer vom Fernsprechverkehr abgeschlossen. Aus den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg wird übereinstimmend von starken Truppenansammlungen jenseits der Grenze berichtet. Polnische Verstärkungen haben die Grenze überschritten. Auch Waffennachschübe sind erfolgt. Im Zusammenhang damit ist es zu schweren Kämpfen in der Gegend von Rosenberg gekommen. Nach den Meldungen mußten die Aufständischen vorerst Albrechtsdorf, Altrosenberg und Lowoschau räumen. Bei Gogolin im Kreise Groß-Strehlitz blieb ein Angriff der Insurgenten erfolglos. In der Nähe von Gogolin wurden grauenhaft zugerichtete Leichen deutscher Apo-Beamter aufgefunden. Südlich von Kreuzenort besetzten deutsche Apo und Italiener die Dörfer Kamin, Odrau, Olsau. Mit dieser Besetzung ist eine ganze Strecke oberschlesischen Gebietes wieder befreit worden.

Wollen Sie

einen

oder

kaufen oder verkaufen

Eine Anzeige hilft

Beginn der „Kriegsverbrecherprozesse"

Unter englischer Oberaufsicht.

§ Leipzig, 23. Mai.

Vor dem Reichsgericht begann heute die Strafsache gegen den früheren Unteroffizier Küfermeister Karl Heynen aus Barmen wegen Gefangenenmißhandlung. Man sieht es dieser an sich offenbar ziemlich belanglosen Sache nicht an, daß sie berufen scheint, in der Geschichte des deutschen Justizwesens Epoche zu machen: eröffnet sie doch den Reigen jener „berühmten" Kriegsverbrecherprozesse, auf deren Abwicklung die Entente in zahlreichen Drohnoten und vor kurzem noch in dem vorläufig letzten Ultimatum so energisch gedrängt hat. Äußerlich macht sich dieser Druck der Verbandsmächte dadurch bemerkbar, daß das deutsche Gerichtsverfahren sozusagen unter Aufsicht gestellt worden ist: mit dem „Solicitor general", der in England eine Art Kronanwalt ist, sind ein paar britische Staatsanwälte und zwei Mitglieder des Unterhauses erschienen, um in ihrer Weise nach dem Recht und dem Rechten zu sehen und darauf zu achten, daß der Versailler Friedensvertrag nicht zur Abwechslung noch einmal von Deutschland durchlöchert wird. Neben diesen offiziellen Engländern, die auf Kosten der Reichsregierung in einem vornehmen Hotel untergebracht sind, sind noch fünfzehn andere Engländer — von sechzehn, die geladen worden sind — zur Stelle, alles ehemalige Soldaten, die in Deutschland gefangen waren und im Gefangenenlager Münster von den Angeklagten mißhandelt sein wollen.

Heynen war wegen unvorschriftsmäßiger Behandlung von Gefangenen vom Militärgericht zu zwei Wochen Mittelarrest verurteilt worden; er brauchte seine Strafe aber nicht zu verbüßen, da sie unter die Amnestie fiel. Das Verfahren ist jedoch auf Veranlassung des Oberreichsanwalts wieder eröffnet worden. Der Angeklagte erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß ihm befohlen worden sei, widerspenstige Gefangene mit allen Mitteln zur Aufnahme der von ihnen verweigerten Arbeit — es handelte sich um Bergwerksarbeiten — zu veranlassen. Er sei im allgemeinen mit den Engländern gut ausgekommen, aber es habe unter ihnen auch solche gegeben, die ihm das Leben schwer machten, und so seien denn Konflikte unvermeidlich gewesen. Wissentlich mißhandelt aber habe er keinen Menschen.

„In elfter Stunde".

Eine Warnung des Generals Smuts.

Vor seiner Abreise zu der Londoner Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen Dominions erklärte General Smuts in den vereinigten Häusern des südafrikanischen Parlaments, daß die Politik Südafrikas nur darauf gerichtet sei, den wirklichen Weltfrieden zu sichern. Dem Vertrag von Versailles sei ein solcher Friede nicht gefolgt. Bezüglich der Reparationsfrage hofft Smuts, daß diese nun geregelt werde, und daß das aufrichtige Bemühen Deutschlands, seine Verpflichtungen zu erfüllen, jenen Teil des Friedensvertrages in Zukunft **ausführbar** machen werde. Die Besetzung eines Teiles von Deutschland auf lange Zeit hinaus, und die Möglichkeit, daß weiteres deutsches Gebiet in Zukunft besetzt werden könnte, scheine Aussicht auf endlose Unruhe zu eröffnen. Die Regelung im Osten, besonders hinsichtlich Polens, scheine noch mehr Kritik zu verdienen. Sowohl die Regelung der westlichen, wie der östlichen Fragen durch den Friedensvertrag sei eine reiche Quelle von Unruhe. Wenn nicht ein sehr ernsthafter Versuch in elfter Stunde gemacht werde, die Lage richtig zu erfassen und einen wahren Frieden in Europa aufzurichten, so werde in der Tat die Zukunft der Zivilisation in Europa sehr schwarz sein. Smuts hob hervor, daß es für das britische Reich unmöglich sei, sich weiter in diesen Wirrnissen in Europa zu verstricken. Er sei dessen gewiß, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo das britische Reich die größtmöglichen Anstrengungen machen müßte, sich diesen Unruhen zu entziehen und danach zu trachten, eine Friedenspolitik auf dem Kontinent zu fördern.

Arbeiter und Angestellte.

Augsburg (Neuer Tarifvertrag in der bayerischen Textilindustrie.) Nach langwierigen Verhandlungen vor dem Landeinigungsamt wurde ein neuer Tarifvertrag in der bayerischen Textilindustrie zwischen Angestellten und Arbeitgebern abgeschlossen.

Prag. (Gegen Lohnabbau.) Die Reichskonferenz der Bergarbeiter der Tschechoslowakischen Republik erklärt kategorisch, daß der Preisabbau nicht durch Lohnreduzierungen zu erzielen ist, sondern der Lohnherabsetzung voranzugehen hat. Die Reichskonferenz verlangt ferner unverzüglich Errichtung der im Betriebsrätegesetz vorgesehenen paritätischen Arbeitsvermittlungsstellen als Zwangsarbeitsnachweis. Sie fordert unbedingt zuerst die Einstellung der arbeitslosen Bergarbeiter, öffentliche Bewirtschaftung der Kohle und Sozialisierung der Bergwerke.

London. (Arbeitslosigkeit.) Nach den Listen der Arbeitsbörsen wurden am 30. April in dem Vereinigten Königreich 1 990 700 Arbeitslose gezählt, was eine Zunahme von 63 000 Arbeitern gegenüber der Vorwoche bedeutet. Außerdem arbeiten 129 000 Personen mit gekürzter Arbeitszeit. In den genannten Zahlen sind die Bergarbeiter nicht einbegriffen.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 25. Mai 1921.

Merkblatt für den 25. Mai.

Sonnenaufgang	8^{44}	Mondaufgang	10^{44} N.
Sonnenuntergang	8^{21}	Monduntergang	7^{44} V.

1681 Spanischer Dichter Calderon de la Barca gest. — 1818 Kunsthistoriker Jakob Burkhardt geb. — 1867 Maler Wilhelm v. Kügelgen gest. — 1920 Huerta wird Präsident in Mexiko.

□ **Pflicht zur Vorlegung der Steuerkarten.** Bei der Reichseinkommensteuer für 1920 ist der Steuerpflicht mit dem Kleben von Marken nicht genügt. Jeder Steuerzahler hat vielmehr die Pflicht, seine Steuerkarte bei seiner zuständigen Steuerkasse nach erfolgter Veranlagung vorzulegen, damit die geklebten Marken auf seine Steuerschuld in Zahlung genommen werden. Da mit Beginn der Veranlagungen mit einem starken Andrang in den Steuerkassen zu rechnen ist, empfiehlt es sich, die Abrechnung der Marken möglichst schon jetzt vorzunehmen, auch wenn eine vorläufige Veranlagung noch nicht erfolgt ist. Die Arbeitgeber werden gebeten, ihre Angestellten und Arbeiter auf die Sachlage hinzuweisen.

□ **Postanweisungen von und nach Deutschland.** Die Einzahlungskurse für Postanweisungen aus Deutschland betragen nach dem Stand vom 14. Mai für ein Hundert: nach Belgien (Franken) 596 Mark, Griechenland (Septa) 372 Mark, Luxemburg (Franken) 596 Mark, der Schweiz (Franken) 1261 Mark, Spanien (Pesetas) 961 Mark; für je 100 Kronen nach Dänemark 1273 Mark, Norwegen 1123 Mark, Schweden 1652 Mark, der Tschecho-Slowakei 91 Mark, Ungarn 34 Mark; für ein Pfund Sterling nach England 281 Mark, 100 Jen nach Japan 1375 Mark, 100 Dollar nach Mexiko 7015 Mark, 100 Gulden nach den Niederlanden 2508 Mark. Nach Deutschland sind einzuzahlen für 100 Mark in Dänemark 11 Kronen, Japan 4 Jen, Luxemburg 25,64 Franken, den Niederlanden 7 Gulden, Norwegen 12 Kronen, Österreich 1050 Kronen, Schweden 8 Kronen, der Schweiz 12,60 Franken, in Spanien 9,20 Pesetas, in der Tschechoslowakei 120 Kronen.

— Naunhof. Die hiesige Schützengesellschaft beschloß in ihrer Sonntags-Versammlung, geschlossen mit der Fahne an dem 500jährigen Schützenjubiläum in Leisnig teilzunehmen. Zwanzig Mitglieder zeichneten sich sofort in die Teilnehmerliste ein. Die Abfahrt erfolgt Sonntag früh 7 Uhr 1 Min. ab Bahnhof Naunhof. Ueber das Fest schreibt heute das Leisniger Tagbl.:

Die zahlreichen Ausschüsse haben die letzten Wochen hindurch mit einem wahren Bienenfleiß gearbeitet, um ein vorzügliches Gelingen dieser großartigen Festlichkeit zu sichern. Zahlreiche Anmeldungen von auswärts liegen bereits vor und lassen voraussehen, daß an den Festtagen unsere Stadt sehr viele auswärtige Gäste haben wird.

— Naunhof. **Ein äußerst betrübendes Zeichen der Zeit zeigt uns eine Anzeige vom Verschönerungverein in der heutigen Ausgabe, der eine Aufforderung erläßt gegen die Frevler, die sich an dem Eigentum des Vereins vergriffen haben. Nicht weniger als fast die Hälfte der Bänke sind verschwunden, teils sind sie böswillig ruiniert, meist aber sind sie gestohlen worden. Ist es nicht recht traurig um uns bestellt, daß man selbst die der Allgemeinheit zugutekommenden Wohlfahrtseinrichtungen vernichtet? Was soll bloß werden, wenn die Moral immer tiefer sinkt? Es ist geradezu beschämend, daß wir dies öffentlich feststellen müssen. Wer Auskunft geben kann, wo diese Bänke verblieben sind, begeht eine Wohltat. Die Einrichtungen des Verschönerungsvereins gelten nicht einzelnen Personen, sie dienen der Gesamtheit, namentlich aber der hiesigen Einwohnerschaft.**

— Am Sonntag vormittag wurde das $1\frac{1}{2}$jährige Kind des Hilfsbahnwärters Schönfeld in Threna von einem Viehtransportwagen des Fleischers E. in Kleinsteinberg auf der Straße Fuchshain—Threna überfahren, sodaß es an den erlittenen inneren Verletzungen noch am selben Tage verschieden ist. Der Geschirrführer, der die abfällige Straße in schnellem Tempo und links der Fahrtrichtung fuhr, wird sich für sein leichtsinniges Fahren zu verantworten haben.

† **Massenandrang zur Kyffhäuser-Feier.** Die Anmeldungen zu der aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Kyffhäuser-Denkmals am 19. Juni d. J. auf dem Kyffhäuser stattfindenden schlichten Erinnerungsfeier sind aus allen Bevölkerungskreisen so gewaltig, daß **Zulaßkarten zu dieser Feier vom Vorstande des Kyffhäuser-Bundes der deutschen Landes-Krieger-Verbände nicht mehr ausgegeben werden können.**

† **Vorsicht beim Baden. Kaum hat die Badesaison eingesetzt und schon werden Todesfälle durch Ertrinken aus allen Gegenden bekannt, weshalb die größte Vorsicht beim Baden zu beachten ist.**